

Inhaltsverzeichnis

Die Herausgeber	7
Die Autoren	7
Vorwort der Herausgeber zur 22. Auflage (Prüfung 2023)	9
Vorwort der Autoren zur 22. Auflage (Prüfung 2023)	10
Inhaltsübersicht »Die Steuerberaterprüfung« Bände 1–3	13
Themen des Prüfungsstoffs, geordnet nach Prüfungstagen	16
Abkürzungsverzeichnis	34

A Besteuerung der Einzelunternehmen

I Grundfragen der Gewinnermittlung (inklusive § 4 Abs. 3-Rechnung)	45
1 Betriebsvermögensvergleich und Einnahmenüberschussrechnung	45
1.1 Überblick	45
1.2 Der technische Unterschied im Einzelnen	45
1.3 Der Personenkreis für die Überschussrechnung	46
1.4 Wahl der Ermittlungsart	47
2 Die Überschussrechnung im Einzelnen	48
2.1 Der »Überschuss« der Betriebseinnahmen über die Betriebsausgaben	48
2.1.1 Die Betriebseinnahmen im Gewinnsteuerrecht	48
2.1.2 Besonderheiten bei den Betriebseinnahmen	49
2.1.3 Die Sonderbehandlung durchlaufender Posten (§ 4 Abs. 3 S. 2 EStG)	50
2.2 Die Technik des § 11 EStG	51
2.2.1 Leistungen an Erfüllung statt und erfüllungshalber	51
2.2.2 Der »kurze Zeitraum« bei den regelmäßig wiederkehrenden Betriebseinnahmen und -ausgaben	52
2.2.3 § 11 EStG und der Betriebsausgaben-Abfluss	52
2.3 Einzelne Posten der Überschussrechnung	53
2.3.1 Das Umlaufvermögen	53
2.3.2 Das abnutzbare Anlagevermögen	55
2.3.3 Das nicht abnutzbare Anlagevermögen	56
2.4 Spezialfragen der Überschussrechnung	58
2.4.1 Entnahmen und Einlagen (technische Fragen)	58
2.4.2 Die Bedeutung von (Bar-)Geld	62
2.4.3 Probleme mit der Umsatzsteuer bei der Überschussrechnung	62
2.4.4 Der Tausch	63
2.4.5 Gewillkürtes Betriebsvermögen bei § 4 Abs. 3 EStG	64
2.4.6 § 4 Abs. 3 EStG bei Erwerb und Verkauf mit wiederkehrenden Zahlungen	65
2.4.7 Zusammenfassung (Schema zur § 4 Abs. 3-Rechnung)	65
2.5 Der Wechsel der Gewinnermittlung	71
2.5.1 Gründe für den Wechsel	71
2.5.2 Das technische Problem und die Lösung	71
2.5.3 Zusammenfassende Fallstudie	73
2.5.4 Ausgewählte Fragen zum Wechsel	80
3 Bedeutung der Entnahmen und Einlagen bei der Gewinnermittlung	81
3.1 Arten und Notwendigkeit der einzelnen Korrekturposten – Übersicht	81
3.2 Die Entnahmen beim Einzelunternehmer	83

3.3	Die Einlagen beim Einzelunternehmer	86
3.3.1	Grundzüge und Wirkungsweise der Einlage	86
3.3.2	Gegenstand der Einlage, insbesondere die Nutzungs(-aufwands-)einlage	87
3.3.3	Die Bewertung der Einlage	87
3.4	Gesellschaftsrechtliche Privatvorgänge, insbesondere die Einlage	89
3.4.1	Der Privatbereich und die gesellschaftsrechtliche Gewinnermittlung – Überblick	89
3.4.2	Steuerrechtliche Fragen zum Privatbereich der Personengesellschafter	90
3.4.3	Der Privatbereich der Gesellschafter bei einer Kapitalgesellschaft, insbesondere die verdeckte Einlage	92
3.5	Erweiterter Anwendungsbereich: neue (nichtfiskalische) Betätigungsfelder für Entnahmen/Einlagen	94
4	Absetzung für Abnutzung	94
4.1	Planmäßige Abschreibung auf das abnutzbare Anlagevermögen – Absetzung für Abnutzung und Substanzverringerung (ohne Gebäude-AfA)	94
4.1.1	Einführung (Zweigleisigkeit der AfA)	94
4.1.2	Die planmäßige AfA im Steuerrecht – Überblick	95
4.1.3	Die Ausnahme: Absetzung für außergewöhnliche technische oder wirtschaftliche Abnutzung (§ 7 Abs. 1 S. 7 EStG)	97
4.1.4	Beginn und Ende der AfA	98
4.1.5	Die Bemessungsgrundlage bei der AfA (R 7.3 EStR)	99
4.1.6	Nachträgliche Herstellungskosten	99
4.1.7	Nachholung unterlassener AfA (H 7.4 EStH und H 7.5 EStH)	100
4.1.8	AfA nach außergewöhnlicher Absetzung oder Teilwertabschreibung	100
4.1.9	AfA nach Gewährung eines Zuschusses in einem auf das Jahr der Anschaffung oder Herstellung folgenden Wirtschaftsjahr	100
4.1.10	Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz bei der Wahl der linearen oder degressiven AfA	100
4.2	AfA bei Gebäuden	101
4.2.1	Allgemeines	101
4.2.2	Lineare AfA nach § 7 Abs. 4 EStG	101
4.2.3	Sonder-AfA bei Gebäuden nach § 7b EStG	106
4.2.4	Staffel-degressive AfA nach § 7 Abs. 5 EStG	106
4.2.5	AfA bei Personengesellschaften (bei Mitunternehmern)	107
4.2.6	Nachholung unterlassener AfA	108
4.2.7	Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz bei der Wahl der linearen oder degressiven AfA	108
4.2.8	AfA bei selbständigen Gebäudeteilen	108
4.3	Gemeinsame Vorschriften für erhöhte Absetzungen und Sonderabschreibungen (§ 7a EStG, R 7a EStR)	108
4.3.1	Nachträgliche Herstellungs- oder Anschaffungskosten	108
4.3.2	Nachträgliche Minderung der Anschaffungs- oder Herstellungskosten	109
4.3.3	Mindestabsetzung bei erhöhten Absetzungen	110
4.3.4	AfA neben Sonderabschreibungen	110
4.3.5	Kumulierungsverbot	110
4.3.6	Abschreibungen bei mehreren Beteiligten	110
4.3.7	Buchmäßiger Nachweis	111
4.3.8	AfA nach Sonderabschreibungen	111
4.4	Investitionsabzugsbetrag und Sonderabschreibung gemäß § 7 g EStG	112
4.4.1	Regelung des § 7 g EStG	112
4.4.2	Persönliche Voraussetzungen	112

4.4.3	Sachliche Voraussetzungen	113
4.4.4	Höhe des Investitionsabzugsbetrags (§ 7 g Abs. 1 EStG)	113
4.4.5	Höhe der Sonderabschreibung (§ 7 g Abs. 5 EStG)	113
4.4.6	Begünstigte Wirtschaftsgüter (§ 7 g Abs. 1 S. 1 EStG)	113
4.4.7	Hinzurechnung des Investitionsabzugsbetrags (§ 7 g Abs. 2 S. 1 EStG)	114
4.4.8	Herabsetzung der Anschaffungs- oder Herstellungskosten (§ 7 g Abs. 2 S. 3 EStG)	114
4.4.9	Rückgängigmachung des Abzugs	114
4.4.10	Anwendung bei Personengesellschaften	115
4.4.11	Abschließende Beispiele	115
II	Die Bilanzierung	118
1	Bilanzierungsgrundsätze	118
1.1	Allgemeines	118
1.2	Das Prinzip der Maßgeblichkeit	118
1.2.1	Allgemeines	118
1.2.2	Durchbrechung der Maßgeblichkeit	120
1.2.3	Aufstellung einer abweichenden Steuerbilanz	120
1.2.4	Anpassung der Bilanzposten außerhalb der Bilanz	122
1.2.5	Schematische Darstellung der Abweichungen zwischen Handelsbilanz und Steuerbilanz	123
1.3	Bilanzierung dem Grunde nach (Ansatz)	127
1.4	Vermögensgegenstand/Wirtschaftsgut	127
1.5	Zurechnung der Vermögensgegenstände	128
1.5.1	Allgemeine Grundsätze	128
1.5.2	Das Finanzierungsleasing als besondere Form des wirtschaftlichen Eigentums	129
1.6	Mietereinbauten	133
1.6.1	Allgemeines	133
1.6.2	Scheinbestandteile	133
1.6.3	Betriebsvorrichtungen	133
1.6.4	Sonstige Mietereinbauten/Mieterumbauten	133
1.7	Zuordnung	136
1.7.1	Grundsatz	136
1.7.2	Notwendiges Betriebsvermögen	136
1.7.3	Privatvermögen	136
1.7.4	Gewillkürtes Betriebsvermögen	136
1.7.5	Gliederung des Betriebsvermögens	137
1.8	Bilanzierungsverbote	137
2	Bewertungsfragen	137
2.1	Bewertungsgrundsätze	137
2.1.1	Allgemeines	137
2.1.2	Die einzelnen Grundsätze	138
2.1.3	Anwendungsgrundsätze für die Wertaufhellung	140
2.2	Bewertungsvorschriften nach Handels- und Steuerrecht	143
2.3	Handelsrechtliche Bewertung des abnutzbaren Anlagevermögens	143
2.3.1	Steuerrechtliche Bewertung des abnutzbaren Anlagevermögens	144
2.3.2	Handelsrechtliche Bewertung des nicht abnutzbaren Anlagevermögens	144
2.3.3	Steuerrechtliche Bewertung des nicht abnutzbaren Anlagevermögens	145
2.3.4	Handelsrechtliche Bewertung des Umlaufvermögens	146

2.3.5	Steuerrechtliche Bewertung des Umlaufvermögens	146
2.3.6	Voraussichtlich dauernde Wertminderung und Wertaufholung im Steuerrecht	146
3	Bewertungsmaßstäbe und Erwerbsmodalitäten	152
3.1	Anschaffungskosten	152
3.1.1	Handelsrecht	152
3.1.2	Steuerrecht	153
3.2	Herstellungskosten	161
3.2.1	Handelsrecht	161
3.2.2	Steuerrecht	161
3.3	Börsen- oder Marktpreis	164
3.4	Beizulegender Wert	164
3.5	Teilwert	165
3.5.1	Allgemeines	165
3.5.2	Vermutungen für die Höhe des Teilwerts (Teilwertvermutung)	165
3.5.3	Widerlegung der Teilwertvermutung	166
3.5.4	Besonderheit bei der Bestimmung der Höhe der Teilwertabschreibung	166
3.6	Gemeiner Wert	166
III	Einzelne Aktivposten	167
1	Immaterielle Vermögensgegenstände	167
1.1	Bilanzierungsvorschriften	167
1.1.1	Grundsätzliches Bilanzierungsgebot	167
1.1.2	Bilanzierungsverbot	167
1.1.3	Entgeltlicher Erwerb eines immateriellen Wirtschaftsguts	168
1.2	Immaterielles Gesamtwirtschaftsgut	169
1.3	Immaterielle Einzelwirtschaftsgüter	169
2	Grundstücke und Gebäude	170
2.1	Allgemeines	170
2.2	Gebäudeteile	172
2.2.1	Grundsatz	172
2.2.2	Gebäudeteile als selbständige Wirtschaftsgüter	172
2.2.3	Einteilung eines Gebäudes nach Funktionszusammenhang (R 4.2 Abs. 4 EStR)	172
2.2.4	Zugehörigkeit von Grundstücken und Grundstücksteilen zum Betriebsvermögen von Einzelunternehmen	174
2.2.5	Zugehörigkeit von Grundstücken und Grundstücksteilen zum Betriebsvermögen von Personengesellschaften	175
2.2.6	Zugehörigkeit von Grundstücken und Grundstücksteilen zum Betriebsvermögen von Kapitalgesellschaften	177
2.2.7	Weitere Fälle zu R 4.2 EStR	178
3	Technische Anlagen, Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	180
3.1	Technische Anlagen und Maschinen	180
3.2	Betriebs- und Geschäftsausstattung	180
3.3	Geleistete Anzahlungen	180
3.4	Anlagen im Bau	180
4	Beteiligungen an Kapitalgesellschaften	180
4.1	Vorbemerkung	180
4.2	Begriff	180

4.3	Bewertung	181
4.3.1	Anschaffungskosten	181
4.3.2	Niedrigerer beizulegender Wert/Teilwert	181
4.4	Beteiligungserträge	182
4.4.1	Allgemeines	182
4.4.2	Höhe der Beteiligungserträge	182
5	Wertpapiere	182
5.1	Allgemeines	182
5.2	Zurechnung der Wertpapiere zum Betriebsvermögen	182
5.3	Anschaffungskosten	183
5.4	Niedrigerer Stichtagswert/Teilwert	183
5.4.1	Grundsatz	183
5.4.2	Ermittlung des niedrigeren Teilwerts	184
5.5	Einzelbewertung/Durchschnittsbewertung	185
5.6	Bezugsrechte und junge Aktien	186
5.7	Behandlung der Stückzinsen	187
5.8	Behandlung der Wertpapiererträge	187
5.8.1	Steuerliche Behandlung der Erträge aus Aktien	187
5.8.2	Buchhalterische Behandlung	188
5.8.3	Beteiligung einer Kapitalgesellschaft	188
5.8.4	Buchmäßige Behandlung der Erträge aus festverzinslichen Wertpapieren	189
6	Vorräte	189
6.1	Definition	189
6.2	Teilwertabschreibungen bei Warenvorräten	190
6.2.1	Teilwertabschreibung beim Sinken der Einkaufspreise	190
6.2.2	Teilwertabschreibung bei Unbrauchbarkeit oder Beschädigung der Ware	190
6.2.3	Teilwertabschreibung beim Sinken der Verkaufspreise	190
6.3	Verlustfreie Bewertung/retrograde Ermittlung des Teilwerts	191
6.4	Bewertungsvereinfachungsverfahren	191
6.4.1	Durchschnittsbewertung	191
6.4.2	Verbrauchsfolgeunterstellung	192
6.5	Festwert	195
6.5.1	Handelsrechtliche Regelung	195
6.5.2	Steuerrechtliche Regelung	195
7	Forderungen und ihre Bewertung	196
7.1	Forderungen im Anlagevermögen und Umlaufvermögen	196
7.2	Bewertung der Forderungen	196
7.2.1	Anschaffungskosten	196
7.2.2	Niedrigerer Stichtagswert/Teilwert	196
7.2.3	Verrechnungsverbot	199
7.2.4	Sonderfall der Forderung: Unfertige Bauten auf fremdem Grund und Boden	199
8	Bewertung von Fremdwährungsposten in der Bilanz	200
8.1	Einleitung	200
8.2	Bewertungsgrundsatz	200
8.3	Zeitpunkt der Bewertung	201
8.3.1	Devisenbestände und Konten in ausländischer Währung	201
8.3.2	Forderungen und Verbindlichkeiten in ausländischer Währung	201
8.3.3	In ausländischer Währung angeschaffte Vermögensgegenstände	202
8.3.4	Schwebende Geschäfte	202
8.4	Devisentermingeschäfte	203

8.5	Geschlossene Position	204
8.6	Wertpapiere in ausländischer Währung	205
IV	Rechnungsabgrenzungsposten	207
1	Aktive Rechnungsabgrenzung	207
2	Passive Rechnungsabgrenzung	207
3	Gemeinsame Voraussetzung für die Bildung von Rechnungsabgrenzungsposten	207
4	Spezialvorschriften	209
5	Damnum (Disagio)	210
V	Geringwertige Wirtschaftsgüter	211
VI	Einzelne Passivposten	214
1	Steuerfreie Rücklagen	214
1.1	Übertragung stiller Reserven bei der Veräußerung bestimmter Anlagegüter (§ 6b EStG)	214
1.1.1	Grundsatz	214
1.1.2	Voraussetzungen	214
1.1.3	Übertragung aufgedeckter stiller Reserven	215
1.1.4	Bildung einer Rücklage	216
1.1.5	Auflösung der Rücklage	217
1.1.6	Gewinnzuschlag	217
1.1.7	Übertragung von Gewinnen aus der Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften	217
1.1.8	Übertragungsmöglichkeiten in personeller Hinsicht, insbesondere bei Mitunternehmern	220
1.1.9	Aufgabe oder Veräußerung des Betriebs	222
1.1.10	Fortführung der Rücklage bei der Realteilung von Personengesellschaften	222
1.2	Übertragung stiller Reserven bei Ersatzbeschaffung (R 6.6 EStR)	222
1.2.1	Voraussetzungen	222
1.2.2	Höhere Gewalt/behördlicher Eingriff	223
1.2.3	Entschädigung	223
1.2.4	Übertragung aufgedeckter stiller Reserven	224
1.2.5	Ersatzwirtschaftsgut	225
1.2.6	Bildung einer Rücklage für Ersatzbeschaffung (RfE)	225
1.2.7	Auflösung der Rücklage	226
1.2.8	Aufgabe und Veräußerung des Betriebs	226
2	Rückstellungen	226
2.1	Allgemeines	226
2.2	Rückstellungen in der Handelsbilanz	227
2.2.1	Bilanzierungsvorschriften (§§ 249 und 274 Abs. 1 HGB)	227
2.2.2	Bewertungsvorschriften (§ 253 Abs. 1 S. 2 und Abs. 2 HGB)	227
2.3	Rückstellungen in der Steuerbilanz	227
2.3.1	Bilanzierungsvorschriften (Grundregel)	227
2.3.2	Gesetzliche Vorschriften über Rückstellungen im Steuerrecht	227
2.3.3	Bewertung von Rückstellungen in der Steuerbilanz (§ 6 Abs. 1 Nr. 3a EStG)	229
2.4	Spezielle Probleme bei der Bildung von Rückstellungen in der Steuerbilanz	231
2.4.1	Der Haupttyp: Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten	231
2.4.2	Rückstellung für öffentlich-rechtliche Verpflichtungen	231
2.5	Besondere Rückstellung in der Handelsbilanz	234
2.6	Verpflichtungsübernahmen	236
2.7	Auflösung der Rückstellung	237

3	Verbindlichkeiten	238
3.1	Verbindlichkeiten im Anlagevermögen und Umlaufvermögen	238
3.2	Bewertung der Verbindlichkeiten	238
3.2.1	Erfüllungsbetrag	238
3.2.2	Höherer Stichtagswert/Teilwert	239
3.2.3	Abgeld/Aufgeld	239
3.2.4	Verbindlichkeiten in ausländischer Währung	240
3.2.5	Abzinsung von Verbindlichkeiten	240
3.3	Bewertung von Rentenverbindlichkeiten	241
3.4	Saldierungsverbot	242
VII	Übertragung von Wirtschaftsgütern auf andere Betriebsvermögen	243
1	Grundsatz	243
2	Übertragungen in das Gesamthandsvermögen einer Personengesellschaft	243
3	Ergänzende Bestimmungen	245
3.1	Übertragung mit dem Buchwert	245
3.2	Übertragung mit dem Teilwert	246
4	Überführung von Wirtschaftsgütern zwischen dem inländischen Betriebsvermögen und einer ausländischen Betriebsstätte	246
4.1	Gesetzliche Regelung	246
4.2	Ausgleichsposten nach § 4g EStG	247
VIII	Technische Fragen	248
1	Notwendigkeit von Anpassungen	248
1.1	Betriebsvermögensvergleich	248
1.2	Die Zweischneidigkeit der Bilanz	248
1.3	Gewinnauswirkung von Bilanzberichtigungen auf das Ergebnis von zwei aufeinander folgenden Jahren	248
1.4	Gewinnauswirkung der Berichtigung von Entnahmen und Einlagen	249
2	Die »Mehr/Weniger«-Rechnung	249
2.1	Die Bilanzpostenmethode	250
2.2	Die G+V-Methode	250
2.3	Einzelfälle (gleichzeitig formale Darstellung)	251
2.3.1	Erhöhung eines Aktivpostens	251
2.3.2	Erhöhung eines Passivpostens	254
2.3.3	Änderungen im »Privatbereich«	254
2.3.4	Korrektur der nicht abzugsfähigen Betriebsausgaben gemäß § 4 Abs. 5, 5b und 7 EStG	256
2.3.5	Zusammenfassung/Formular bei der Mehr/Weniger-Rechnung	257
3	Notwendigkeit der Anpassungen an die Prüferbilanz	258
3.1	Allgemeines	258
3.2	Anpassungsbuchungen in der Buchführung des geprüften Unternehmens	259
4	Bilanzberichtigung, Bilanzänderung und Bilanzenzusammenhang	263
4.1	Bilanzberichtigung und Bilanzänderung	263
4.1.1	Bilanzberichtigung nach § 4 Abs. 2 S. 1 EStG	263
4.1.2	Bilanzänderung nach § 4 Abs. 2 S. 2 EStG	265
4.2	Der Bilanzenzusammenhang und seine Durchbrechung	267

B Besteuerung der Personengesellschaft als Mitunternehmerschaft

I	Grundfragen zur Mitunternehmerschaft inklusive Einkunftsermittlung	271
1	Die Personengesellschaft im Steuerrecht – Überblick	271
2	Mitunternehmerschaft vs. Personengesellschaft und andere Begrifflichkeiten	272
2.1	Mitunternehmerschaft und Personengesellschaften	272
2.2	Begrifflichkeiten und kohärente Rechtsinstitute	273
2.2.1	Die Gesamthand	273
2.2.2	Kapitalanteil, Vermögenswert und Gesellschaftsanteil	274
2.2.3	Eine Personengesellschaft – eine Mitunternehmerschaft – ein Gewerbebetrieb?	275
3	Transparenzgrundsatz und Besteuerung gemäß § 15 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 EStG	275
3.1	Einführung	275
3.2	Ebene der Mitunternehmerschaft	276
3.2.1	Die gewerblich tätige Mitunternehmerschaft	276
3.2.2	Die gewerblich geprägte Personengesellschaft	279
3.2.3	Die weder gewerblich tätige noch gewerblich geprägte Personengesellschaft mit gewerblicher Beteiligung	281
3.3	Ebene der Gesellschafter (Mitunternehmer-Initiative und Mitunternehmer-Risiko)	283
3.3.1	Mitunternehmer-Initiative	284
3.3.2	Mitunternehmer-Risiko	284
3.3.3	Einzelfälle	285
3.3.4	Die verdeckte Mitunternehmerschaft	287
3.3.5	Die doppelstöckige (mehrstöckige) Personengesellschaft	288
3.3.6	Der Nießbrauch an der Beteiligung	292
4	Technik des Transparenzgrundsatzes: Die Gewinnkomponenten der Mitunternehmer	293
4.1	Einführung: Zweistufige Gewinnermittlung	293
4.2	Der Hintergrund der Regelung	294
4.2.1	»Gewinnanteil«	294
4.2.2	Vergütungen für Tätigkeit im Dienst der Personengesellschaft und für die Überlassung von Wirtschaftsgütern	294
4.2.3	Die Ergänzungsbilanz	296
4.2.4	Ein Problemfall: Die Tätigkeitsvergütung als Sonder-Betriebseinnahme, Gewinnvorweg oder Entnahme?	297
5	»Mehr- und Weniger-Rechnung« bei der Personengesellschaft (Mitunternehmerschaft)	301
II	Das Betriebsvermögen und die Ermittlung des laufenden Gewinns bei der Mitunternehmerschaft	303
1	Übersicht zur Gewinnermittlung bei der Mitunternehmerschaft – Schema	303
2	Die Gewinnermittlung auf der ersten Stufe (I): Das Steuerergebnis der Gesamthand	304
2.1	Die Steuerbilanz der Gesamthand	304
2.2	Auswirkungen für die Gewinnermittlung	305
2.3	Geänderte Gewinnverteilung, insbesondere bei späteren Betriebsprüfer-Feststellungen	307
3	Die Ergänzungsbilanz: Individueller Anteil am Gesamthandsergebnis	308
4	Das Sonder-Betriebsvermögen und die Sonderbilanz	310
4.1	Übersicht	310
4.2	Das Sonder-Betriebsvermögen I	311
4.2.1	Der Grundtatbestand	311
4.2.2	Das Konkurrenzproblem mit dem eigenen Betriebsvermögen	312
4.2.3	Die spezielle Gewinnermittlung beim Sonder-Betriebsvermögen I	313

4.3	Das Sonder-Betriebsvermögen II	317
4.3.1	Der Grundtatbestand	317
4.3.2	Anwendungsfälle zum notwendigen und gewillkürten Sonder-Betriebsvermögen II	318
4.3.3	Sonderbetriebsvermögen über die Grenze	319
4.4	Verfahrensrechtliche Fragen	319
III	Die Doppelgesellschaften im Konzept der Mitunternehmer-Besteuerung	321
1	Klarstellung	321
2	Die GmbH & Co. KG	321
2.1	Grundsatzverständnis und Erscheinungsformen	321
2.1.1	Zivilrechtliche Grundlagen, insbesondere bei Errichtung der GmbH & Co. KG	322
2.1.2	Erscheinungsformen der GmbH & Co. KG	323
2.1.3	Das dogmatische Grundmuster im Steuerrecht	323
2.2	Die Gewinnermittlung bei der GmbH & Co. KG	326
2.2.1	Die Grundaussage	326
2.2.2	Die Familien-GmbH & Co. KG	328
2.2.3	Die GmbH & Co. KG und gewerblicher Grundstückshandel	328
2.2.4	Die »Einmann«-GmbH & Co. KG	328
2.3	Das Betriebsvermögen bei der GmbH & Co. KG	329
2.3.1	Die Handelsbilanz-Besonderheiten	329
2.3.2	Das steuerliche Betriebsvermögen	329
2.4	Besonderheiten	331
2.4.1	Die einheitliche GmbH & Co. KG	331
2.4.2	Die Anteilsveräußerung	332
2.4.3	Die verdeckte Gewinnausschüttung bei der GmbH & Co. KG	334
2.4.4	Entnahmen und Einlagen bei der GmbH & Co. KG	335
2.5	Die »Körperschaftsklausel«	336
2.6	Ausländische KapG im Sonder-BV einer GmbH & Co. KG	336
3	Die (atypisch) stille Gesellschaft, insbesondere die GmbH & atypisch still	337
3.1	Die Grundaussage zur stillen Gesellschaft	337
3.1.1	Die Unterscheidung zwischen typisch und atypisch stiller Gesellschaft	337
3.1.2	Die stille Beteiligung und deren Veräußerung	340
3.2	Die GmbH & atypisch still – ein Kind der Praxis	341
3.3	Optionen der GmbH & atypisch still	343
4	Die Betriebsaufspaltung	344
4.1	Kennzeichen der Betriebsaufspaltung und Gestaltungsmöglichkeiten	344
4.2	Steuerrechtliche Gestaltungsparameter (Voraussetzungen) bei der Betriebsaufspaltung	346
4.2.1	Die erste Voraussetzung: Die sachliche Verflechtung	346
4.2.2	Die personelle Verflechtung	349
4.3	Die steuerlichen Folgen der Betriebsaufspaltung	355
4.3.1	Begründung der Betriebsaufspaltung (der Weg in die Betriebsaufspaltung)	355
4.3.2	Laufende Besteuerung – Chancen und Gefahren	358
4.3.3	Beendigung der Betriebsaufspaltung	363
4.4	Besondere Erscheinungsformen der Betriebsaufspaltung	364
4.4.1	Die umgekehrte Betriebsaufspaltung	364
4.4.2	Die kapitalistische Betriebsaufspaltung	364
4.4.3	Die mitunternehmerische Betriebsaufspaltung	365

4.4.4	Sonstige Fälle	366
4.4.5	Die unerkannte Betriebsaufspaltung (bzw. die Betriebsaufspaltung in der Außenprüfung)	367
4.4.6	Der Weg aus der Betriebsaufspaltung	367
5	Die KGaA und neuere Typenverbindungen	368
5.1	Die Kapitalgesellschaft-KGaA bzw. die GmbH & Co. KGaA	368
5.2	Die Stiftung & Co. KG	369
IV	Anfang und Ende einer Personengesellschaft	370
1	Gründung einer Personengesellschaft	370
1.1	Sacheinlage aus dem Privatvermögen	370
1.1.1	Sonderfall: Sacheinlage auf vermögensverwaltende Personengesellschaft	371
1.1.2	Die Übersicht zu den Einlagen (aus dem Privatvermögen)	371
1.2	Sacheinlage aus dem Betriebsvermögen – Einzel-Wirtschaftsgüter	373
2	Der Sonderfall: Die Einbringung nach § 24 UmwStG	375
2.1	Überleitung von der Sacheinlage (Einzel-Wirtschaftsgüter) zur Einbringung funktioneller Einheiten (Betrieb usw.)	375
2.1.1	Einführung	375
2.1.2	Abgrenzung zu ESt-Vorschriften	377
2.1.3	Die Voraussetzungen des § 24 UmwStG	378
2.1.4	Rechtsfolgen der Einbringung	380
2.1.5	Ausübung des Wertansatzes über Ergänzungsbilanzen	380
2.1.6	Änderungen des § 24 UmwStG aufgrund des SEStEG (2006) sowie des JStG 2009	381
2.1.7	Gegenstand der Einbringung und Voraussetzung für das Wahlrecht	383
2.2	Einführender Fall zu § 24 UmwStG	385
2.3	Das Wahlrecht und die unterschiedliche Interessenlage	386
2.3.1	Grundsätzliche Überlegungen	386
2.3.2	Ein schematischer Überblick	387
2.4	Variante – gemeiner Wert	388
2.4.1	Folge für die offene Handelsgesellschaft	388
2.4.2	Folge für den Einbringenden	388
2.5	Buchwertvariante	389
2.5.1	Die erste Buchwertvariante (die sog. Netto-Methode: Kapitalkontenanpassung)	389
2.5.2	Die zweite Buchwertvariante (die sog. Brutto-Methode)	390
2.6	Zwischenwertvariante	391
2.7	Spezialprobleme bei § 24 UmwStG	391
2.7.1	Zuzahlung in das Privatvermögen des bisherigen Einzelunternehmers	392
2.7.2	Die unentgeltliche Aufnahme eines Partners: Fall des § 24 UmwStG?	395
2.8	Zusammenfassung der Rechtsfolgen für die Personengesellschaft	396
2.9	Zusammenstellung der denkbaren Fälle zu § 24 UmwStG	396
3	Die laufende Besteuerung der Personengesellschaft	397
4	Die Auflösung der Personengesellschaft	397
5	Die Realteilung der Personengesellschaft	397
5.1	Historische Einleitung und gesellschaftsrechtlicher Hintergrund	397
5.2	Tatbestand und Rechtsfolgen bei einer Realteilung von steuerfunktionalen Einheiten	400
5.2.1	Die Grundaussage	400
5.2.2	Weitere bilanztechnische Folgen	401

5.3	Einzelwirtschaftsgüter als Teilungsmassen	402
5.4	Der Mitunternehmeranteil als Teilungsgegenstand	403
5.5	Realteilung mit Spitzenausgleich	404
5.6	Folgewirkungen bei der Realteilung	406
5.7	Auswirkungen auf andere Steuern	406
V	Die Beteiligung an einer Personengesellschaft inklusive Personenstandsänderungen, insbesondere die Veräußerung	407
1	Einführung	407
2	Die Bilanzierung der Beteiligung	408
2.1	Die Beteiligung in der Handelsbilanz	408
2.2	Die Beteiligung in der Steuerbilanz (aktuelle Rechtslage 2023)	410
3	Der Eintritt in die Personengesellschaft	411
4	Die Veräußerung der Beteiligung (§ 16 Abs. 1 Nr. 2 EStG)	412
4.1	Grundtatbestand und Modalitäten	412
4.1.1	Das Sonder-Betriebsvermögen bei § 16 Abs. 1 Nr. 2 EStG	412
4.1.2	Bruchteilsveräußerung von Mitunternehmeranteilen	414
4.1.3	Veräußerungsvorgang und -zeitpunkt	414
4.2	Die Besteuerung beim Veräußerer	415
4.3	Auswirkungen auf die Personengesellschaft und den Neugesellschafter	416
4.3.1	Zu- und Abschreibung (?) in der Ergänzungsbilanz des Erwerbers	416
4.3.2	Fortschreibung der Ergänzungsbilanz	418
4.3.3	Besonderheiten	420
5	Das Ausscheiden durch An-/Abwachsung	422
5.1	Die An-/Abwachsung als Anwendungsfall des § 16 Abs. 1 Nr. 2 EStG	422
5.2	Problemfelder beim Ausscheiden	424
5.3	Die Sachwertabfindung als besondere Form der Abfindungsvereinbarung	426
5.4	Das Anwachsungsmodell	427
6	Die Vererbung	428
VI	Sonderfragen	429
1	Inter-/intrasubjektive Übertragungen von Wirtschaftsgütern bei einer Mitunternehmerschaft	429
2	§ 35 EStG im Recht der Personengesellschaften	431
2.1	Grundlagen	431
2.2	Persönlicher und sachlicher Anwendungsbereich – allgemein	432
2.3	Besonderheiten (Steuerermäßigung) bei Mitunternehmerschaften	433
2.3.1	Einheitliche und gesonderte Feststellung (§ 35 Abs. 2 S. 1 EStG)	433
2.3.2	Gewinnverteilungsschlüssel (§ 35 Abs. 2 S. 2 EStG)	433
2.3.3	Aufteilung bei Auslandsbeteiligungen (§ 35 Abs. 2 S. 3 EStG)	435
2.3.4	Mehrstöckige Personengesellschaften (§ 35 Abs. 2 S. 5 EStG)	435
2.3.5	Gewerbesteuer-Messbetrag bei unterjähriger Unternehmensübertragung und Gesellschafterwechsel	436
3	Die Thesaurierungsbegünstigung (ab 2008)	436
3.1	Die Intention des Unternehmenssteuerreformgesetzes (2008)	436
3.2	Die Regelung im Überblick	437
3.2.1	Systematische Einordnung	437
3.2.2	Regelungsinhalt des § 34a EStG	438

3.3	Die Tatbestandsmerkmale für den »nicht entnommenen Gewinn«	438
3.3.1	Nicht entnommener Gewinn (Rz. 11 – 21 BMF)	438
3.3.2	Steuerfreie Gewinnanteile (Rz. 17 und 18 BMF)	440
3.3.3	Nicht abzugsfähige Betriebsausgaben (Rz. 16 BMF)	441
3.3.4	Gewinneinkünfte	442
3.3.5	Ausnahme für Veräußerungsgewinne (Rz. 4 – 6 BMF)	442
3.3.6	Antragsrecht	442
3.3.7	Die persönliche Steuerpflicht	443
3.4	Die Nachversteuerung	443
3.4.1	Der nachversteuerungspflichtige Betrag (Rz. 23 ff. BMF)	443
3.4.2	Nachversteuerungsbetrag (Rz. 27 ff. BMF)	445
3.4.3	Übertragung und Überführung von Wirtschaftsgütern (Rz. 32 ff. BMF)	447
3.4.4	Steuersatz bei der Nachversteuerung	448
3.4.5	Nachversteuerung in sonstigen Fällen	448
3.5	Besonderheiten	448
3.5.1	Unentgeltliche Übertragung und Einbringung gem. § 24 UmwStG (Rz. 47 BMF)	448
3.5.2	Negative Einkünfte	449
3.5.3	Zuständigkeitsregelungen und Verfahrensvorschriften	449
3.5.4	Vorauszahlungen	450
4	§ 15 Abs. 1 Nr. 2 EStG und das SEStEG	450
VII	Das KöMoG	451
1	Überblick	451
2	Voraussetzungen der Option	451
3	Vorhandenes Sonder-BV bei der optierenden KG	451
4	Rechtsfolgen	452
4.1	Leistungsaustauschbeziehungen	452
4.2	Beteiligungen an optierenden KG	452
5	Empfehlung	452
VIII	Das MoPeG (Ausblick)	453
1	Überblick und Historie (Auszug aus Pressemitteilung des Bundesministeriums der Justiz, 20.04.2020)	453
2	Rechtsfähige versus nicht rechtsfähige Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR)	453
2.1	Die rechtsfähige GbR	453
2.2	Die nicht rechtsfähige GbR	454
3	Registrierung der rechtsfähigen GbR	454
4	Beibehaltung der Gestaltungsfreiheit von Gesellschaftsverträgen	454
5	Öffnung der Personenhandelsgesellschaften für Freiberufler	455
6	Sitzwahlrecht	455
7	Beschlussmängelrecht	455
8	Neukonzeptionierung des Gesellschaftsvermögens einer GbR (Aufgabe der Gesamthand)	455
9	Haftung	456
10	Ausscheiden und Auflösung der GbR	456

C Körperschaftsteuerrecht

I Grundlagen der Besteuerung von Körperschaften	459
1 Das Prinzip des Anrechnungsverfahrens	459
2 Das Prinzip der anteiligen Doppelbelastung	459
3 Die Prinzipien der Unternehmenssteuerreform 2008	461
II Die persönliche Körperschaftsteuerpflicht	462
1 Die persönliche Steuerpflicht von Körperschaften und Sondervermögen	462
1.1 Überblick	462
1.2 Körperschaftsteuerpflicht eines Vereins	463
1.3 Option zur Körperschaftsteuer (§ 1a KStG)	464
2 Die persönliche Steuerpflicht von Kapitalgesellschaften	466
2.1 Beginn und Ende der unbeschränkten Steuerpflicht	466
2.1.1 Grundlagen	466
2.1.2 Beginn der unbeschränkten Steuerpflicht	467
2.1.3 Ende der unbeschränkten Körperschaftsteuerpflicht	468
2.2 Folge der unbeschränkten Steuerpflicht	468
2.3 Beschränkte Steuerpflicht von Kapitalgesellschaften	468
2.4 Beschränkte Steuerpflicht sonstiger Körperschaften	469
3 Besteuerung der öffentlichen Hand	469
3.1 Überblick	469
3.2 Tatbestandsmerkmale des Betriebes gewerblicher Art	470
3.3 Rechtsfolgen der wirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand	471
4 Besteuerung von steuerbegünstigten Körperschaften	473
4.1 Überblick	473
4.2 Voraussetzung der Steuerbefreiung	474
4.2.1 Formale Anforderungen	474
4.2.2 Materielle Anforderungen	474
4.3 Rechtsfolgen	476
4.3.1 Umfang der Steuerbefreiung	476
4.3.2 Steuerfolge	478
III Die sachliche Körperschaftsteuerpflicht	480
1 Überblick	480
2 Ermittlung des Einkommens einer Kapitalgesellschaft	480
2.1 Veranlagungszeitraum und Einkommens-Ermittlungszeitraum	480
2.2 Ermittlung des zu versteuernden Einkommens	481
3 Körperschaftsteuerliche Besonderheiten	483
3.1 Überblick	483
3.2 Beteiligungsergebnisse	483
3.2.1 Kürzungen der Beteiligungserträge	484
3.2.2 Nicht abzugsfähige Gewinnminderungen aus Beteiligungen	486
3.2.3 Nicht abzugsfähige Betriebsausgaben	487
3.2.4 Sonderproblem: Anteilsveräußerungen nach vorangegangener Einbringung	489
3.3 Sonstige Hinzurechnungen und Kürzungen	492
3.3.1 Nicht abzugsfähige Aufwendungen	492
3.3.2 Gewinnanteile an den Komplementär einer Kommanditgesellschaft auf Aktien	493
3.3.3 Abziehbare Spenden	494

4	Verdeckte Gewinnausschüttungen (vGA)	494
4.1	Überblick	494
4.2	Abgrenzung offene Gewinnausschüttung und verdeckte Gewinnausschüttung	496
4.3	Grundlagen der verdeckten Gewinnausschüttung	497
4.3.1	Tatbestand der verdeckten Gewinnausschüttung	497
4.3.2	Erscheinungsformen der verdeckten Gewinnausschüttung und Konkurrenzen	500
4.4	Rechtsfolgen der verdeckten Gewinnausschüttung	503
4.4.1	Überblick	503
4.4.2	Rechtsfolgen bei der Kapitalgesellschaft	504
4.4.3	Rechtsfolgen beim Anteilseigner	509
4.5	Einzelfälle	511
4.5.1	Verstoß gegen das Wettbewerbsverbot/Geschäftschancenlehre	511
4.5.2	Geschäftsführer-Vergütung (außer Pensionszusage)	514
4.5.3	Pensionszusagen	520
4.5.4	Risikogeschäfte	526
4.6	Unternehmensfremdfinanzierung	527
4.6.1	Grundfragen der Regelung	527
4.6.2	Grundtatbestand des § 4h EStG	528
4.6.3	Zinsvortrag und EBITDA-Vortrag	530
4.6.4	Ausnahmen und Rückausnahmen	531
5	Verdeckte Einlagen	534
5.1	Überblick	534
5.2	Begriff der verdeckten Einlage	536
5.3	Rechtsfolgen der verdeckten Einlage	537
5.3.1	Rechtsfolgen auf der Ebene der Kapitalgesellschaft	537
5.3.2	Rechtsfolgen auf der Ebene des Anteilseigners	539
5.4	Einzelfälle	541
5.4.1	Forderungsverzicht	541
5.4.2	Verzicht auf eine Pensionszusage	543
5.4.3	Zuwendung von Vorteilen an Schwestergesellschaften	544
5.4.4	Verdeckte Einlage von nahe stehenden Personen	545
6	Materielles und formelles Korrespondenzprinzip	546
6.1	Ausgangslage und Problem	546
6.2	Das formelle und materielle Korrespondenzprinzip bei verdeckten Gewinnausschüttungen	546
6.2.1	Grundtatbestand und Grundfälle	546
6.2.2	Systematische Schwächen	548
6.3	Formelle und materielle Korrespondenz bei verdeckten Einlagen	549
6.4	Korrespondenz in Dreiecksverhältnissen	550
IV	Die steuerliche Behandlung der Ergebnisverwendung bei Kapitalgesellschaften	552
1	Überblick	552
2	Steuerliche Folgen der Gewinnthesaurierung	552
2.1	Rechtsfolgen in der Übergangszeit (bis 2006)	552
2.2	Rechtsfolgen ab der Umstellung (ab 2007)	552
3	Besonderheiten bei Gewinnausschüttungen	552
4	Steuerliche Folgen von Verlusten	554
4.1	Grundlagen	554
4.2	Verlustvortrag ab dem Veranlagungszeitraum 2004 (Korb II-Gesetz) – Überblick	555

4.3	Die neue Verlustabzugsbeschränkung des § 8c KStG – Überblick	555
4.3.1	Vom Mantelkauf zum schädlichen Beteiligungserwerb	555
4.3.2	Grundsystematik des § 8c KStG	556
4.3.3	Abmilderungen der Vorschrift	557
V	Die Bedeutung der Organschaft	559
1	Überblick	559
2	Gesellschaftsrechtliche Grundlagen der Organschaft	559
3	Steuerrechtliche Voraussetzungen der Organschaft	560
3.1	Organgesellschaft und Organträger	560
3.2	Finanzielle Eingliederung	561
3.3	Ergebnisabführungsvertrag	563
4	Einkommensermittlung bei der Organschaft	565
4.1	Überblick	565
4.2	Einkommensermittlung der Organgesellschaft	566
4.3	Einkommensermittlung des Organträgers	570
5	Besonderheiten der Organschaft	574
5.1	Vorzeitige Beendigung von Organschaften und verunglückte Organschaft	574
5.2	Besteuerung von Ausgleichszahlungen	575
5.3	Verfahrensrechtliche Besonderheiten bei der Organschaft	576
VI	Die steuerliche Behandlung von Kapitalmaßnahmen	577
1	Die Behandlung von Kapitalerhöhungen	577
1.1	Gesellschaftsrechtliche Grundlagen der Kapitalerhöhung	577
1.2	Steuerliche Besonderheiten der Kapitalerhöhung	578
2	Die Behandlung der Kapitalherabsetzung	579
2.1	Die gesellschaftsrechtlichen Grundlagen der Kapitalherabsetzung	579
2.2	Steuerliche Besonderheiten der Kapitalherabsetzung	579
2.2.1	Behandlung der Kapitalherabsetzung nach Systemwechsel	580
2.2.2	Vereinfachte Kapitalherabsetzung ohne Auskehrung von Vermögen	580
3	Die steuerliche Behandlung der Liquidation	581
3.1	Gesellschaftsrechtliche Grundlagen der Liquidation	581
3.2	Besonderheiten der Liquidation auf Gesellschaftsebene	581
3.2.1	Systematische Grundlagen	581
3.2.2	Einkommensermittlung im Abwicklungszeitraum	582
3.3	Besonderheiten auf der Ebene des Anteilseigners	583
3.3.1	Systematische Grundlagen	583
3.3.2	Behandlung eines Auflösungsverlustes	584
D	Umwandlungssteuerrecht	
I	Zivilrechtliche Grundlagen der Umwandlung	587
1	Allgemeines	587
2	Fälle der Verschmelzung	588
2.1	Beteiligte Rechtsträger	589
2.2	Weitere Voraussetzungen	590
2.3	Die Grundscheidungen des Umwandlungsgesetzes	591

II	Steuerrechtliche Grundlagen der Umwandlung	593
1	Aufbau und Rechtsquellen	593
1.1	Allgemein	593
1.2	Geltungsbereich des Umwandlungssteuergesetzes	594
2	Zeitliche Anwendung des Umwandlungssteuergesetzes	596
3	Steuerliche Rückwirkung	596
3.1	Grundzüge, insbesondere zum Übertragungsstichtag	596
3.2	Von der Rückwirkung erfasste Steuerarten	598
3.3	Folgerungen aus der Rückwirkung	599
3.3.1	Leistungsbeziehungen zwischen den beteiligten Rechtsträgern und ihren Gesellschaftern	599
3.3.2	Gewinnausschüttungen	600
3.3.3	Ausnahmen der steuerlichen Rückwirkung	600
III	Umwandlung von der Kapitalgesellschaft auf die Personengesellschaft	604
1	Steuerliche Regelungen für den übertragenden Rechtsträger – Ermittlung des Übertragungsgewinns	604
1.1	Ansatz mit dem gemeinen Wert	605
1.2	Ansatz mit dem Buchwert/Zwischenwert	606
2	Steuerliche Regelungen für den übernehmenden Rechtsträger – Ermittlung des Übernahmeergebnisses bzw. eines Beteiligungskorrekturgewinns	608
2.1	Wertansatz und Rechtsnachfolge	608
2.2	Beteiligungskorrekturgewinn	610
2.3	Übernahmeergebnis (§§ 4 Abs. 4, 5 UmwStG): Übernahmeertrag/Übernahmeverlust	611
2.3.1	Übernahmeergebnis Stufe I – Anschaffungs-, Einlage- und Überführungsfiktion	612
2.3.2	Übernahmeergebnis Stufe II – Besteuerung der offenen Rücklagen	613
2.4	Behandlung des Übernahmeverlustes	616
2.5	Besteuerung des Übernahmeertrags	617
3	Gewinnerhöhung und -minderung durch Vereinigung von Forderungen und Verbindlichkeiten – Übernahmeertragsergebnis	618
4	Besteuerung nicht wesentlich beteiligter Anteilseigner	619
5	Vermögensübergang auf eine natürliche Person	620
6	Umwandlung von der GmbH in die GmbH & Co. KG	620
7	Formwechsel von einer Kapitalgesellschaft in eine Personengesellschaft	622
IV	Verschmelzung von Kapitalgesellschaften	623
1	Steuerliche Behandlung beim übertragenden Rechtsträger	624
1.1	Ansatz mit dem gemeinen Wert	624
1.2	Ansatz mit dem Buchwert/Zwischenwert	625
1.3	Beteiligungskorrekturgewinn	627
2	Steuerliche Behandlung beim übernehmenden Rechtsträger – Ermittlung des Übernahmeergebnisses bzw. eines Beteiligungskorrekturgewinns	628
2.1	Wertansatz und Rechtsnachfolge	628
2.2	Beteiligungskorrekturgewinn	629
2.3	Übernahmeergebnis und dessen Besteuerung	629
3	Gewinnerhöhung und -minderung durch Vereinigung von Forderungen und Verbindlichkeiten – Übernahmeertragsergebnis	634

4	Auswirkungen auf den steuerlichen Eigenkapitalausweis: Nennkapitalherabsetzung beim übertragenden Rechtsträger und Nennkapitalerhöhung beim aufnehmenden Rechtsträger	634
5	Besteuerung der Anteilseigner der übertragenden Kapitalgesellschaft	636
5.1	Anwendung des § 13 UmwStG	636
5.2	Bestimmung des fiktiven Veräußerungspreises	637
5.3	Besteuerung des (fiktiven) Veräußerungsgewinns/-verlusts	637
V	Spaltung	639
1	Bilanzielle Darstellung der Spaltung	640
2	Spaltung im Steuerrecht	642
3	Steuerliche Regelungen für den übertragenden Rechtsträger – Ermittlung des Übertragungsgewinns	642
3.1	Ansatz mit dem gemeinen Wert	642
3.2	Ansatz mit dem Buchwert/Zwischenwert	643
3.2.1	Definition des Teilbetriebs	643
3.2.2	Missbrauchstatbestände des § 15 Abs. 2 UmwStG	645
3.3	Beteiligungskorrekturgewinn	647
3.4	Minderung von Steuerkapazitätspositionen	647
4	Steuerliche Behandlung beim übernehmenden Rechtsträger – Ermittlung des Übernahmeergebnisses bzw. eines Beteiligungskorrekturgewinns	647
5	Auswirkungen auf den steuerlichen Eigenkapitalausweis	647
6	Besteuerung der Anteilseigner der übertragenden Kapitalgesellschaft	648
VI	Einbringung in eine Kapitalgesellschaft	651
1	Steuerliche Ansätze bei der Kapitalgesellschaft	653
2	Veräußerungspreis und Anschaffungskosten bei der Einbringung	657
3	Zeitpunkt der Einbringung und Rückwirkung	659
3.1	Besteuerung der Anteilseigner	663
3.2	Veräußerungen von Anteilen aus einer Anteilseinbringung (§ 22 Abs. 2 UmwStG)	665
3.3	Nachweispflicht über das Halten von Anteilen	667
3.4	Rechtsfolgen bei der übernehmenden Gesellschaft	668
VII	Formwechsel	669
	Stichwortverzeichnis	671